

Entwicklungen & Trends 2025

Teuer, unsicher, ungerecht – Welternährung in Krisenzeiten

von Katharina Brandt, Francisco Marí und Miriam Rüger

Die globale Ernährungslage bleibt äußerst angespannt und wird dabei maßgeblich von bewaffneten Konflikten, dem Klimawandel, der Energiekrise sowie den Nachwirkungen der Covid-19-Pandemie beeinflusst. Diese Faktoren haben die Inflation deutlich in die Höhe getrieben, was insbesondere Bevölkerungsgruppen und Länder mit niedrigem Einkommen hart trifft. Hohe Lebensmittelpreise verschärfen Ungleichheit, Armut und Ernährungsunsicherheit weltweit.¹

Lebensmittel werden teurer – und für viele unbezahlbar

Seit 2020 lag die weltweite Preissteigerung bei Lebensmitteln überwiegend über der allgemeinen Inflation. Die Lebensmittelpreisinflation war in Ländern mit geringem Einkommen am stärksten ausgeprägt und erreichte im Mai 2023 einen Höchststand von 30 Prozent – im Vergleich: im EU-Raum lag sie bei »nur« 15 Prozent. Die Covid-19-Pandemie löste bereits 2020 und 2021 erhebliche Störungen in globalen Lieferketten aus, was die Lebensmittelpreise ansteigen ließ. Der Krieg in der Ukraine seit Februar 2022 verschärfte dies, da sowohl die Ukraine als auch Russland bedeutende Exporteure von Getreide, Ölsaaten, Öl und Gas sind. Die dadurch ausgelösten Preisanstiege bei Energie, Düngemitteln und Transport trugen stark zur Inflation bei und erhöhten die Lebenshaltungskosten weltweit, insbesondere bei Lebensmitteln.² Die Preisspitzen auf den Agrarmärkten wurden durch intensive Dürren verschärft, die 2023 und 2024 die Ernten in Südostasien, Spanien, Marokko, der Türkei und auch Ostafrika negativ beeinträchtigten und unter anderem die Funktionsfähigkeit des für den Agrarhandel zentralen Panama-Kanals einschränkten.³ In den USA und in Europa waren höhere Arbeitskosten, Wechselkursschwankungen und höhere Gewinnmargen entlang der Lieferkette zusätzliche Gründe für Inflation der Lebensmittelpreise.⁴

Im Vergleich zur Nahrungsmittelkrise 2007/08, als drastisch erhöhte Verbraucherpreise für Agrarprodukte mit Exportstopps, Panikkäufen und massiven Spekulation beantwortet wurden, welche die Preise noch weiter in die Höhe trieben, reagierte die Weltgemeinschaft auf die durch die Corona-Pandemie und den Krieg in der Ukraine ausgelösten Preisschocks teils koordinierter und informierter. Handelsbeschränkungen, wie etwa Ausfuhrverbote, wurden seltener und kürzer verhängt, was weniger Unterbrechungen in den Agrarlieferketten und

**Deutliche
Preissteigerungen bei
Lebensmitteln ...**

**... über der
allgemeinen Inflation**

moderatere Preisschwankungen zur Folge hatte als in früheren Krisen.⁵ Eine wirklich koordinierte Krisenantwort, die sich konsequent am Recht auf angemessene Ernährung für alle orientiert, wie sie vom Mechanismus der Zivilgesellschaft und Indigener Völker (CSIPM) des UN-Ausschuss für Welternährungssicherheit (CFS) sowie dem UN-Sonderberichterstatter zum Recht auf Nahrung wiederholt von der internationalen Staatengemeinschaft eingefordert wurde, blieb jedoch aus.

**Hohe Inflation
erschwert Zugang zu
gesunder Ernährung**

Auch wenn die weltweiten Lebensmittelpreise sich inzwischen etwas stabilisiert haben, bleibt die Inflation in vielen Ländern hoch und untergräbt damit die Kaufkraft und den Zugang zu gesunder Ernährung vieler Menschen. Insbesondere nährstoffreichere Lebensmittelgruppen wie Obst, Gemüse und hochwertige Proteine sind weiterhin durchweg teurer als stärker verarbeitete Lebensmittel mit viel Kalorien, aber wenig Mikronährstoffen und Ballaststoffen. Gerade bei steigenden Lebensmittelpreisen stellen sich so schnell negative Effekte auf das Kauf- und Ernährungsverhalten der Verbraucher:innen ein.⁶

Weltweit, chronisch und akut: Hunger und Mangelernährung

Bis zu 720 Millionen Menschen, das sind rund acht Prozent der Weltbevölkerung, waren im Jahr 2024 unterernährt und litten unter *chronischem Hunger* (die aktuellen Zahlen für 2025 lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor). Weltweit sind geschätzt 2,3 Milliarden Menschen von mäßiger bis schwerer *Ernährungsunsicherheit* betroffen, was auf einen fehlenden dauerhaften Zugang zu ausreichender, gesunder und nahrhafter Nahrung hinweist. Hunger und Ernährungsunsicherheit konnten im Vergleich zu 2022 und 2023 leicht reduziert werden, bleiben jedoch weit über dem Niveau von 2015, als die Weltgemeinschaft sich zum Ziel gesetzt hatte, Hunger und Ernährungsunsicherheit bis 2030 zu beenden.

**2,3 Milliarden
Menschen von
Ernährungsunsicherheit
betroffen**

Hunger konnte 2024 in Südostasien, Südasien und Südamerika verringert werden und stieg umgekehrt in Westasien und den meisten Subregionen Afrikas an. Auf dem afrikanischen Kontinent mussten 2024 20 Prozent und damit an die 307 Millionen Menschen hungern. Auch im Globalen Norden sind viele Menschen von mäßiger und schwerer Ernährungsunsicherheit betroffen – meist diejenigen, die in Armut leben. Nach aktuellen Schätzungen der UN-Welternährungsorganisation (FAO) leben in Europa 6,8 und in Nordamerika fast elf Prozent der Bevölkerung, zusammen rund 92 Millionen Menschen, in Ernährungsunsicherheit.⁷

**Krisenhafte
Zuspitzung durch
bewaffnete Konflikte
und Klimawandel**

Akute Ernährungsunsicherheit, also die krisenhafte Zuspitzung von Hunger mit unmittelbaren Folgen für Versorgung, Gesundheit und Existenz, hat stark zugenommen in von bewaffneten Konflikten und Klimawandel geprägten Gegenden. So durchleben im Jemen aktuell etwa 17 Millionen Menschen eine Ernährungskrise bis hin zur Hungersnot infolge von Überschwemmungen, bewaffnetem Konflikt und wirtschaftlicher Not, die durch unzureichende externe Hilfe weiter verschärft wird.⁸ Die meisten Menschen, die unter akuter Ernährungsunsicherheit leiden, leben in Nigeria (30,6 Millionen), der Demokratischen Republik Kongo (27,7 Millionen) und im Sudan (24,6 Millionen). Proportional gesehen sind derzeit die extremsten Situationen in Gaza, Haiti, Südsudan, Sudan und Jemen zu verzeichnen, wo mehr als die Hälfte der Bevölkerung dringend Nahrungsmittel und Unterstützung für ihren Lebensunterhalt benötigt.⁹

**Hauptursache
für Hunger:
bewaffnete Konflikte**

Bewaffnete Konflikte sind weiterhin die Hauptursache für Hunger. 2024 litten rund 140 Millionen Menschen in Konfliktregionen unter akuter Ernährungsunsicherheit.¹⁰ So mussten seit der Eskalation des Krieges im Sudan Millionen Menschen mehrfach flüchten. Anhaltende Angriffe, Blockaden von Hilfslieferungen sowie der Zusammenbruch des Gesundheits- und Marktsystems führten dazu, dass Millionen Menschen keinen sicheren Zugang mehr zu Essen und Wasser haben.¹¹ Sowohl im Sudan als auch in Gaza wird Hunger gezielt als Kriegswaffe eingesetzt, indem Menschen der Zugang zu Nahrungsmitteln verwehrt, Lebensmittellieferungen und Hilfskorridore blockiert, Märkte bombardiert und landwirtschaftliche Infrastruktur zerstört wurden.¹² Dies ist durch das humanitäre Völkerrecht untersagt, das Staaten und nichtstaatliche Parteien eines bewaffneten Konfliktes dazu verpflichtet, der zivilen Bevölkerung Zugang zu Nahrung auch in bewaffneten Konflikten sicherzustellen. Zudem verbietet es ausdrücklich, Zivilpersonen auszuhungern.¹³

Im September 2025 befanden sich 1,4 Millionen Menschen in *akuter Hungersnot*. 95 Prozent der vom Hungertod bedrohten Menschen befinden sich in Gaza und im Sudan, die restlichen fünf Prozent im Südsudan, Haiti und Mali.¹⁴ Die Einstufung als »Hungersnot« bedeutet, dass drei kritische Schwellenwerte – extreme Nahrungsmittelknappheit, akute Unterernährung und Todesfälle aufgrund von Hunger – überschritten wurden.¹⁵

Ernährungssysteme haben zwar hinsichtlich der Kalorienversorgung weitgehend mit dem Bevölkerungswachstum Schritt gehalten, doch mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung kann sich dennoch insgesamt nicht gesund ernähren – mit verheerenden Folgen für Gesundheit, die soziale Gerechtigkeit und Umwelt.¹⁶ Zur *Mangelernährung* zählen dabei neben der Unterernährung auch Übergewicht und Fettleibigkeit, die weltweit zunehmen.¹⁷ Menschen mit niedrigem sozioökonomischen Status haben häufig eine unzureichende Nährstoffversorgung bei gleichzeitig hoher Kalorienaufnahme.¹⁸ Weltweit lassen sich mehr Todesfälle und Krankheitslast auf ungesunde Ernährung zurückführen als auf die Risikofaktoren ungeschützter Sex, Alkohol-, Drogen- und Tabakkonsum zusammen.¹⁹

Mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung kann sich nicht gesund ernähren

Die Weltgemeinschaft reagiert (nicht)

Konferenzen gegen den Hunger

Jährlich finden mehrere zwischenstaatliche Treffen statt, um koordiniert daran zu arbeiten, Hunger zu beenden, Ernährungssicherheit zu gewährleisten und eine gesunde Ernährung zu fördern. Das Mitte Januar 2025 in Berlin zum 17. Mal von der Bundesregierung ausgerichtete *Global Forum for Food and Agriculture*, eine der internationalen Konferenzen zu Zukunftsfragen der Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik, stand unter dem Motto »Bioökonomie nachhaltig gestalten«. Von der Zivilgesellschaft wurde Bioökonomie als das weit verbreitete Versprechen eines postfossilen innovativen Patentrezepts für Wirtschaftswachstum, Wohlstand und Lösung für die Klima- und Hungerkrisen mit differenzierendem Blick konfrontiert. Tatsächlich führt gerade die industriegetriebene Bioökonomie oft zu übermäßiger Ausbeutung ökologischer und sozialer Ressourcen, von der nur wenige profitieren. Betroffene berichteten über eine unkontrollierte Biomasseproduktion, die Landkonflikte, Entwaldung und Vertreibung verursacht und in Konkurrenz zur Lebensmittelproduktion steht.

Industriegetriebene Bioökonomie führt zu mehr Ausbeutung

Die Agrarminister:innen aus 62 Staaten, die am letzten Konferenztag des GFFA zur informellen Agrarministerkonferenz zusammenkamen, erkannten an, dass Zielkonflikte in der Biomasseproduktion gelöst und die Steuerung der Bioökonomie mit breiter gesellschaftlicher Beteiligung inklusiver gestaltet werden muss. Sie betonten in ihrem politischen Kommuniqué, dass Zivilpersonen in Konfliktgebieten wie dem Sudan, der Demokratischen Republik Kongo, Haiti, den besetzten palästinensischen Gebieten, dem Jemen und Libanon ungehinderten und ausreichenden Zugang zu Nahrung erhalten müssen.²⁰ Sie würdigten die Arbeit dafür relevanter internationaler und regionaler Organisationen, die zuvor von Konfliktparteien diskreditiert wurden. Positiv hervorzuheben ist zudem die Würdigung der politischen Empfehlungen und Freiwilligen Leitlinien des UN-Welternährungsausschusses (CFS) zum Recht auf Nahrung, Landrechten, Geschlechterfragen und Agrarökologie durch die Agrarminister:innen. Ihrer Verpflichtung im Vorfeld der Weltklimakonferenz im brasilianischen Belém (COP30), globale Ziele für nachhaltige Landwirtschaft, widerstandsfähige Ernährungssysteme und Klimawandel zu entwickeln,²¹ sind die Agrarminister:innen bisher jedoch nicht nachgekommen.

Positive Würdigung bleibt folgenlos

Auf dem »Nutrition for Growth«-Gipfel im März 2025 verpflichtete sich die internationale Gemeinschaft, rund 28 Milliarden US-Dollar zur Bekämpfung von Mangelernährung in all ihren Formen bereitzustellen. Die UN-Aktionsdekade für Ernährung wurde bis 2030 verlängert, um Unterernährung, Mikronährstoffmangel, Übergewicht, Adipositas sowie ernährungsbedingte chronische Erkrankungen weltweit zu beenden. Die Bundesregierung schloss sich der neuen Initiative »Global Compact on Nutrition Integration« an, die unter anderem vorsieht, Sozialschutzsysteme zu stärken, um Ernährungssicherheit und eine gesunde Ernährung für alle, insbesondere für vulnerable Bevölkerungsgruppen, zu gewährleisten. Zudem soll Ernährungssicherung als Querschnittsthema in Politik und Programmen etabliert wer-

den. Ihre Verpflichtungen im internationalen Kontext können auch wichtige Impulse für die deutsche Ernährungs- und Sozialpolitik setzen.

Gilt auch in Deutschland: Recht auf angemessene Nahrung ...

In einer Umfrage zu den Lebensumständen von Bürgergeldbeziehenden in Deutschland gaben nur neun Prozent der über 1.000 Befragten an, sich mit der Grundsicherung vollständig und gesund ernähren zu können. Nur etwa jede zweite Person berichtete, dass in ihrem Haushalt alle satt werden. Ein Drittel verzichtet regelmäßig auf Essen, um andere wichtige Bedürfnisse abzudecken. Besonders betroffen sind Eltern, von denen 54 Prozent zugunsten ihrer Kinder auf Mahlzeiten verzichten.²² Darüberhinaus suchen rund 1,5 Millionen Menschen in Deutschland regelmäßig die Tafeln auf.²³ Vor diesem Hintergrund ist dringend eine Abkehr von der repressiven und individualisierenden Sozialpolitik notwendig, die von der aktuellen Bundesregierung noch einmal verschärft wurde, anstatt sich am Recht auf angemessene Ernährung für alle zu orientieren.

**Nicht alle werden satt
in Deutschland ...**

Die auch von der Bundesregierung ausgerichtete internationale Konferenz »Politik gegen Hunger«, die vom 23. bis 25. Juni 2025 in Berlin stattfand, brachte Expert:innen aus Politik, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft für den Austausch und politische Impulse zur Verwirklichung des Menschenrechts auf Nahrung zusammen. Die zentralen Themen Zugang zu Land, Geschlechtergerechtigkeit, Bioökonomie, nachhaltige Agrar-Lieferketten und das Recht auf Nahrung im Globalen Norden standen dieses Jahr im Fokus. Das Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) unternimmt damit erste Schritte, ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass nationale Ernährungs- und Sozialpolitik besser aufeinander abzustimmen sind, um Deutschlands Verpflichtung umzusetzen, das Recht auf angemessene Ernährung für alle zu gewährleisten.

Hunger als Kriegswaffe

Die zum Zeitpunkt der Konferenz katastrophale Hungerlage in Gaza wurde erst nach Intervention zivilgesellschaftlicher Akteure von der Bundesregierung in die Konferenzagenda aufgenommen. Die Forderung, auch Israels Einsatz von Hunger als Kriegswaffe unmissverständlich zu verurteilen und alle politisch-rechtlichen Schritte einzuleiten,²⁴ um eine sofortige und bedingungslose Versorgung der Bevölkerung Gazas mit Lebensmitteln und humanitärer Hilfe durch multilaterale Organisationen sicherzustellen, wurde auf der Konferenz zwar besprochen, von der Bundesregierung jedoch bis heute nicht umgesetzt.

**Problem erkannt –
jedoch ohne
politische Folgen**

Auch der UN-Welternährungsausschuss (CFS) betonte auf seiner Plenartagung im Oktober 2025, dass Hunger als Kriegswaffe gegen Zivilbevölkerung nach humanitärem Völkerrecht verboten ist und der ungehinderte Zugang zu lebenswichtigen Gütern in Konfliktgebieten gewährleistet sein muss. Auch hob der CFS die Rolle internationaler Organisationen hervor, die im Rahmen ihrer Mandate Konflikt- und Besatzungsfolgen auf die Ernährungssicherheit bewerten und Strategien zu deren Bewältigung entwickeln.

Einbindung des CFS

Positiv ist die zunehmende Einbindung des CFS in die globale Steuerung der Ernährungssysteme. Der CFS berief ein hochrangiges Forum mit Vertretern aus Menschenrechtsgemeinschaft und Rio-Konventionen (UNFCCC, CBD, UNCCD), um das Recht auf angemessene Ernährung in den internationalen Rio-Konventionen zur Bekämpfung von Klimawandel, Biodiversitätsverlust und Landdegradation zu verankern und synergetisch wirksame Politikansätze zu fördern.

**Aufwertung des CFS bei
der Bekämpfung
von Hunger und Armut**

Politikprodukte des CFS werden zunehmend für eine koordinierte Umsetzung von Strategien zur Bekämpfung von Hunger und Armut auf globaler Ebene auch in der Global Alliance against Hunger and Poverty, bei den G20- und G7-Treffen integriert. Der CFS zeichnet sich durch seinen partizipativen Multi-Stakeholder-Ansatz aus, der von Hunger und Ernährungsunsicherheit betroffene Menschen, Zivilgesellschaft, internationale Organisationen, Forschung, Finanzinstitutionen, Privatsektor und Staaten gleichberechtigt einbindet.²⁵ Das stärkt die Legitimität seiner Beschlüsse und macht es so wichtig, den CFS in weniger partizipative internationale Verhandlungen einzubeziehen, um gerechtere Entscheidungen für die globale Ernährungssicherung zu fördern.

Bekämpfung des Hungers – Thema auch auf der COP30 und dem G20-Gipfel

Mit Brasilien als Gastgeberland der COP30 waren die Erwartungen hoch, dass Landwirtschaft und Ernährung stärker in den Mittelpunkt der internationalen Klimaverhandlungen rücken würden, zumal die Bekämpfung des Hungers ein Kernziel von Präsident Lula da Silva ist. Tatsächlich war die »Transformation von Agrar- und Ernährungssystemen« ein Pfeiler der Aktionsagenda, wesentliche Durchbrüche oder verbindliche Ergebnisse blieben jedoch aus. Positiv hervorzuheben ist die Unterzeichnung der *Belém Declaration on Hunger, Poverty and People-Centered Climate Action* durch 43 Staaten und die EU, die eine stärkere Verknüpfung von Klimaschutz mit sozialer Gerechtigkeit fordert und besonders gefährdete Bevölkerungsgruppen in den Fokus rückt.

Der parallel zur COP30 stattfindende Peoples' Summit machte zudem deutlich, dass Klimagerechtigkeit und Ernährungssouveränität über die Bereitstellung öffentlicher Mittel hinausgehen und insbesondere die Wahrung grundlegender Menschenrechte – Landnutzungsrechte, Recht auf sauberes Wasser und Zugang zu angemessener Nahrung – im Zentrum stehen (zum Peoples' Summit siehe auch das nachfolgende Interview mit Bruno Prado in diesem Kapitel, S. 130-133).

Südafrika machte Ernährungssicherheit im Rahmen seiner G20-Präsidentschaft zur Priorität, dies auch aufgrund seiner Führungsrolle im CFS, im Einklang mit seiner verfassungsrechtlichen Verankerung des Rechts auf Nahrung und vor dem Hintergrund der anhaltend hohen Ernährungsunsicherheit im eigenen Land. Die Erklärung der Task Force für Ernährungssicherheit sowie die G20-Erklärung der Staats- und Regierungschefs auf dem G20-Gipfel in Johannesburg am 22./23. November 2025 fokussieren nicht auf Wachstum in der Landwirtschaft zur Bekämpfung der Ernährungsunsicherheit, sondern legen den Schwerpunkt auf »Zugang zu und Erschwinglichkeit von sicheren, gesunden und nahrhaften Lebensmitteln«, »resiliente und nachhaltige Ernährungssysteme« sowie »Investitionen in Kleinbauern und Familienbetriebe«.²⁶

**Klimagerechtigkeit
und Ernährungs-
souveränität hängen
zusammen**

Höhere Militärausgaben als humanitäre Hilfe und Entwicklungshilfe

Internationale Gipfel und multilaterale Initiativen spielen eine entscheidende Rolle dabei, die politische Dynamik aufrechtzuerhalten und gemeinsam wirkungsvolle Maßnahmen zur Ernährungssicherung voranzubringen. Allerdings zeigt sich in den letzten Jahren eine Verschiebung der Prioritäten, wobei die Ressourcenzuweisung von ehemals starken Geberländern in diesem Bereich dramatisch zurückgegangen ist. Während die globalen Militärausgaben fast 2.500 Milliarden US-Dollar betragen, liegen die globalen Ausgaben für Hungerbekämpfung demgegenüber bei nur rund zwölf Milliarden US-Dollar – ein vergleichsweise verschwindend geringer Betrag.²⁷

Auch in Deutschland hat die Bundesregierung für die Haushalte 2025 und 2026 erhebliche Kürzungen für die Entwicklungszusammenarbeit und die humanitäre Hilfe im Bundestag durchgesetzt. Der Etat des Entwicklungsministeriums wurde um 2,4 Prozent gekürzt.²⁸ Die erst 2025 bestätigte internationale Zusage der Bundesregierung, 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Entwicklungszusammenarbeit bereitzustellen, wird laut dem Haushaltsplan für 2026 mit nur 0,5 Prozent deutlich unterschritten.²⁹ Humanitäre Hilfsgelder wurden um die Hälfte gestrichen, die Abteilung im Auswärtigen Amt für alle krisenrelevanten Programme zur humanitären Hilfe, Krisenprävention und Stabilisierung kurzerhand aufgelöst.³⁰

**Rüstung wichtiger als
Hungerbekämpfung ...
auch in Deutschland**

Ausblick Welternährung

Gemäß den Prognosen des SOFI 2025³¹ wird die Weltgemeinschaft ihr für 2030 gesetztes Ziel, allen Menschen ganzjährig Zugang zu sicheren, nährstoffreichen und ausreichenden Nahrungsmitteln zu ermöglichen, nicht erreichen. Es wird davon ausgegangen, dass 512 Millionen Menschen weiterhin chronisch unterernährt sein werden – davon fast 60 Prozent in Afrika. Im kommenden Jahr stehen auf internationalen Foren und Konferenzen zentrale Themen auf der Agenda: So wird beim Global Forum on Food and Agriculture, das vom 14. bis 17. Januar 2026 wieder in Berlin stattfinden wird, Wasser als entscheidender Faktor für Ernährungssicherheit diskutiert. Im Februar folgt die zweite Internationale Konferenz über Agrarreform und ländliche Entwicklung (ICARRD+20), die unter der Schirmherrschaft des CFS und der FAO stattfindet.

Bilaterale Handelsabkommen der EU

Die Situation des Welthandels ist geprägt vor allem durch die aggressive Zollpolitik der Trump-Administration (siehe dazu gesondert den anschließenden Beitrag von Francisco Mari in diesem Kapitel, S. 120-125). Trotz der Handelsturbulenzen durch die US-Zollpolitik – oder gerade deshalb – verhandelt die EU weiter eine Reihe von bilateralen Abkommen, die noch 2025 in unterschiedlichem Fortschritt vorläufig in Kraft getreten sind, ratifiziert oder weiterverhandelt wurden. Diese Abkommen, darunter mit dem Mercosur, Indonesien, Kenia sowie in Verhandlung befindliche mit Thailand, Philippinen und Indien prägen auch den Agrarhandel maßgeblich und stoßen schon länger auf Kritik wegen negativer sozialer, ökologischer und wirtschaftlicher Effekte vor allem auf Kleinproduzent:innen im globalen Süden.

Mercosur-Abkommen

Das zwischen der EU und dem Mercosur-Block (Brasilien, Argentinien, Paraguay, Uruguay) ausgehandelte Handelsabkommen wurde 2024 grundsätzlich abgeschlossen, aber die Ratifizierung stockt. Aufgrund massiver Kritik von Umweltschutzorganisationen und zivilgesellschaftlichen Akteuren in Europa und Südamerika verzögern mehrere EU-Mitgliedstaaten und wichtige Parlamentarier:innen noch ihre Zustimmung. Wobei aber für das vorläufige Inkrafttreten der Handels- und Zollkapitel nur eine qualifizierte Mehrheit des EU-Rates (Mitgliedstaaten) notwendig ist.

Strittig ist der unzureichende Schutz vor weiterer Entwaldung in Brasilien, die mit der Ausweitung der Agrarflächen (Rindfleisch, Soja) verbunden ist. Einige Mitgliedstaaten, insbesondere Frankreich und Belgien, fordern verbindliche Maßnahmen und Handelsstrafmaßnahmen bei Verstößen gegen Umweltstandards. Natürlich bleiben die – wenn auch geringen – landwirtschaftlichen Marktöffnungen vor allem in Frankreich strittig und für Nichtregierungsorganisationen und Staaten wie Belgien die ungenügenden Vorgaben zur Umsetzung internationaler Sozial- und Menschenrechtsnormen. Alle Teile des Abkommens, die Regeln für Investitionen, nachhaltige Entwicklung und Menschenrechtsfragen beinhalten, benötigen zur vorläufigen Inkraftsetzung die Zustimmung des Europäischen Parlaments und nationaler Parlamente und können ohne diese nicht angewendet werden.

**Nach wie vor strittig:
Schutz vor Entwaldung**

Abkommen mit Indonesien

Das handels- und investitionspolitische Abkommen mit Indonesien wurde 2025 finalisiert und veröffentlicht. Es umfasst eine weite Marktöffnung für Palmöl, Nickel und andere Rohstoffe sowie eine Deregulierung von Investitionsbarrieren für ausländische Firmen.

Im Agrarbereich wird besonders der Palmölsektor betroffen: Die Erleichterungen führen zu weiteren Umweltproblemen wie etwa Waldrodungen und Vernichtung von Lebensräumen. Sozialorganisationen in Indonesien warnen vor einem zunehmenden Landraub und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Ursprüngliche nationale Schutzmaßnahmen wie Umweltauflagen, Pflanzenschutzbestimmungen und Gemeinschaftsrechte werden im Abkommen jedoch nur unzureichend geschützt, was zu Widerstand in zivilgesellschaftlichen Kreisen geführt hat, der teilweise in Protesten und regionalen Blockaden mündete.

**Handelserleichterungen
führen zu Waldrodungen
und Vernichtung von
Lebensräumen**

Abkommen mit Thailand, den Philippinen und Indien

Die EU-Verhandlungen mit Thailand, den Philippinen und Indien zielen überwiegend auf den Ausbau des Marktzugangs für europäische Industrieprodukte und Agrarprodukte ab, da bei vielen dieser Länder noch relativ hohe Zölle und Handelshürden bestehen, die den Export aus der EU erschweren. In Indien sind insbesondere Exportbarrieren wie hohe Zölle auf bestimmte Milchprodukte, Wein, Spirituosen und verarbeitete Lebensmittel relevant. Die EU möchte den Marktzugang im Rahmen von Handelserleichterungen erweitern, etwa durch Zollsenkungen oder Vereinfachung von Einfuhrbestimmungen. Diese Produkte haben für EU-Produzenten einen hohen Wert, werden aber durch hohe indische Zölle (teilweise 30 bis 150 Prozent) stark geschützt. Thailand und die Philippinen schützen unter anderem lokale Agrarprodukte und verarbeitete Nahrungsmittel durch Zölle und Importquoten, die den EU-Agrarexport erschweren. Ziel der EU ist es, Exportmöglichkeiten etwa für Milchprodukte, Lebensmittel und Weine zu verbessern.

Abkommen mit Kenia

Das EU-Kenia-Handelsabkommen wurde 2025 ratifiziert. Es ebnet den Weg für hohe Mengen an Exporten von Blumen, Früchten (Avocados, Mangos) und Nüssen in die EU. Kenia sieht dies als Chance auf wirtschaftliches Wachstum, doch kenianische Nichtregierungsorganisationen weisen darauf hin, dass intensive Landwirtschaft vor allem in exportorientierten Regionen den Wasserbedarf stark erhöht und lokale Gemeinschaften verdrängt. Verbesserungen in ökologischen Standards und sozialer Absicherung hinken hinterher.

Liberalisierung und ihre Folgen

Die EU fordert in den Verhandlungen, dass Entwicklungsländer wie Indien und Thailand ihre Märkte für Rohstoffe wie Saatgut, Dünger und Pestizide/Agrochemikalien öffnen oder erleichterte Zulassungsverfahren einführen. Dies bedeutet, dass bestehende Einfuhrzölle, Exportsteuern oder restriktive Genehmigungsverfahren für diese Produkte reduziert oder aufgehoben werden sollen. Die EU exportiert selbst kaum Rohstoffe im Agrarbereich, verfolgt hier aber strategische Interessen zur Markterschließung und will den Markteintritt ihrer multinationalen Agrarchemie- und Saatgutkonzerne wie Bayer, Corteva und Syngenta erleichtern. Zudem zielt sie darauf ab, Investitions- und Produktionsbedingungen in den Partnerländern für europäische Unternehmen zu verbessern, z. B. durch den Aufbau von Produktionsstandorten für Düngemittel. Eine solche Öffnung erhöht den Wettbewerb durch billige oder industrielle Agrochemikalien und Saatgutimporte, was traditionelle und besonders kleinbäuerliche Ansätze unter Druck setzt. Gleichzeitig ist das Ziel der EU, Marktzugang für verarbeitete Agrarprodukte zu erhalten oder auszubauen.

All diese weitreichenden bilateralen EU-Handelsabkommen 2025 zeigen deutliche Tendenzen: Sie öffnen Märkte für EU-Produkte und Investoren auf Kosten teilweise schwacher lokaler Agrar- und Umweltstrukturen. In Entwicklungsländern wächst der Druck zur Aufgabe schützender Zölle, Exportsteuern und Umweltauflagen. Die durch EU-Abkommen geförderte Marktintegration geht oft zulasten der Ernährungssouveränität, biodiversitätsfreundlicher Landwirtschaft und sozialer Gerechtigkeit. Der Widerstand in betroffenen Ländern – von Bäuerinnen, Indigenen und Nichtregierungsorganisationen – wächst und führt zu gesellschaftlichen Spannungen. Diese Konflikte spiegeln das komplexe Spannungsverhältnis zwischen freiem Handel, Entwicklungsinteressen und Nachhaltigkeit wider, das fortwährend politisch und gesellschaftlich verhandelt wird.

**Marktintegration
zulasten von
Ernährungssouveränität,
Agrarökologie und
sozialer Gerechtigkeit**

»Jeder gegen Jeden« – die Zukunft des Welthandels?

Die Entwicklungen im globalen Agrarhandel und in der internationalen Handelspolitik 2025 zeigen deutlich die Spannungen, die zwischen Protektionismus, Freihandel und globaler Gerechtigkeit bestehen. Die aggressive US-Zollpolitik unter Präsident Trump, die nachgebende Haltung wichtiger Akteure wie der EU sowie das fragmentierte Nebeneinander regionaler und bilateraler Abkommen werfen ernste Fragen auf, wie und ob ein regelbasierter globaler Welthandel – insbesondere im Agrarbereich – künftig realistisch aufrechterhalten werden kann.

Herausforderungen für einen regelbasierten Welthandel

Das klassische multilaterale Handelssystem, repräsentiert durch die Welthandelsorganisation (WTO), ist seit Jahren in einer Krise. Die jüngsten Ereignisse zeigen, wie das Prinzip der Meistbegünstigung (MFN), dessen Einhaltung die WTO lange als Grundprinzip verfolgte, zunehmend aufgegeben wird. Einzelne Länder und Blöcke verfolgen exklusive, bilaterale Strategien zu ihrem Vorteil, was eine fragmentierte, chaotische Handelslandschaft schafft, in der Entwicklungsländer zu Verlierern werden.

**WTO-Prinzip der
Meistbegünstigung
verliert an Bedeutung**

Die WTO-Ministerkonferenz 2026 in Kamerun steht vor der großen Aufgabe, eine weitreichende Reformdebatte zu initiieren, die folgende Ziele umfassen sollte:

- **Wiederherstellung der allgemeinverbindlichen Handelsregeln:** Klare, transparente und für alle Mitgliedstaaten gleichermaßen verbindliche Regeln, angepasst an die heutigen globalen Herausforderungen und Ungleichheiten.

- *Integration sozialer, ökologischer und menschenrechtlicher Grundsätze:* Der Handel muss Nachhaltigkeit fördern, um den Klimawandel zu bekämpfen und kulturelle sowie gesellschaftliche Rechte zu schützen.
- *Stärkung der Position von Entwicklungsländern:* Diese müssen die Möglichkeit erhalten, Agrarprodukte zu verarbeiten, Wertschöpfung zu steigern und faire Preise zu erzielen, ohne durch übermächtige Handelskonzerne und protektionistische Doppelspiele benachteiligt zu werden.
- *Stärkere Integration von Entwicklungsfragen bei der WTO:* Die WTO sollte im Rahmen der UN oder einer partnerschaftlichen Kooperation mit der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) und anderen multilateralen Gremien eingebunden werden, um Entwicklungsfragen ganzheitlich anzuerkennen und verstärkt zu adressieren.

Rolle von EU und Bundesregierung

Die EU und nationale Regierungen müssen sich von der bisherigen Praxis »kleinster gemeinsamer Nenner« in Handelspolitik und vom Nachgeben gegenüber ökonomischem Druck auf Entwicklungsländer abwenden. Ihre Handelsabkommen sollten:

- Menschenrechtsschutz und ökologische Nachhaltigkeit als Kernanforderungen aufnehmen und durchsetzen, statt nur wirtschaftliche Interessen zu verfolgen;
- Kleinbäuerliche Landwirtschaft, Agrarökologie und lokale Produktionsstrukturen stärken sowie fairen Marktzugang in Entwicklungsländern fördern;
- Transparente Entscheidungsprozesse einführen, die eine breite zivilgesellschaftliche Beteiligung ermöglichen, und
- für multilaterale Regellösungen eintreten, die Freihandel mit sozialer und ökologischer Verantwortung verbinden.

Chancen eines neuen multilateralen Systems

Ein stärker reformierter Welthandel, der GATT-Regeln im Sinne von Gleichheit und Fairness mit verbindlichen ökologischen und sozialen Standards kombiniert, könnte die Grundlage

Fünf Kernforderungen an die Politik

1. Ausreichend Finanzierung für Ernährungssicherung!

Die Bundesregierung muss eine verlässliche und ausreichende Finanzierung der humanitären Hilfe für akute Ernährungskrisen sowie der Entwicklungszusammenarbeit zur langfristigen Stärkung resilienter und nachhaltiger Ernährungssysteme weltweit gewährleisten.

2. Sozialsysteme, die das Recht auf angemessene Ernährung für alle sichern!

Die Bundesregierung ist verpflichtet sicherzustellen, dass sich alle Menschen, einschließlich einkommensschwacher Haushalte angemessen, ausgewogen und nahrhaft ernähren können. Dafür sind Sozialprogramme ausreichend zu finanzieren und an die tatsächlichen Lebenshaltungskosten anzupassen.

- #### **3. Hunger als Waffe unterbinden!**
- Die Bundesregierung muss konsequent ihrer Verpflichtung nach dem humanitären Völkerrecht nachkommen und all ihre diplomatischen und politischen Einflussmöglichkeiten nutzen, damit Menschen in bewaffneten Konflikten Zugang zu Nahrung und humanitärer Hilfe erhalten.



4. Die WTO muss reformiert und wieder gestärkt werden!

Die WTO soll umfassend reformiert werden, um wieder transparente, verbindliche und faire Handelsregeln für alle Staaten sicherzustellen. Dazu gehört, soziale, ökologische und menschenrechtliche Standards verbindlich im Handel zu verankern. Gleichzeitig müssen Entwicklungsländer strukturell gestärkt werden, damit sie Wertschöpfung aufbauen und faire Preise erzielen können.

- #### **5. Die EU-Handelspolitik ist stärker an Kriterien der Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit auszurichten!**
- Die EU und nationale Regierungen sollen Handelsabkommen so gestalten, dass Menschenrechte, ökologische Nachhaltigkeit und faire Marktbedingungen im Zentrum stehen. Diese Politik muss kleinbäuerliche Landwirtschaft und lokale Produktion fördern und Entwicklungsländern echten Marktzugang verschaffen. Zudem sollen Entscheidungsprozesse transparenter werden und eine breite zivilgesellschaftliche Beteiligung ermöglichen.

für eine fairere globale Agrarwirtschaft bilden. Dies würde landwirtschaftliche Märkte stabilisieren helfen und Hunger bekämpfen, Investitionen für nachhaltige Produktion steigern sowie Entwicklungsländer stärken, damit sie mehr Eigenständigkeit und Wertschöpfung erreichen.

Die aktuelle Phase des »Jeder gegen Jeden« im Welthandel, geprägt von Zollerpressungen, Gegenzöllen und bilateralen Alleingängen, ist für die globale Agrarwirtschaft und Entwicklungsländer schädlich und nicht zukunftsfähig. Nur durch gemeinsame politische Führungsstärke, mutige WTO-Reformen und eine Neuausrichtung des internationalen Handels auf Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit kann ein stabiler, inklusiver und gerechter Welthandel aufgebaut werden, der alle Länder – reich und arm – einbindet. Die Ministerkonferenz 2026 in Kamerun ist eine historische Chance für die Weltgemeinschaft, ein solches inklusives und zukunftsorientiertes Handelssystem zu gestalten.

Anmerkungen

- 1 FAO, IFAD, UNICEF, WFP and WHO: The state of food security and nutrition in the world (SOFI) report – Addressing high food price inflation for food security and nutrition. Rome 2025.
- 2 Ebd.
- 3 UNCCD: Drought hotspots around the world 2023-2025. United Nations Convention to Combat Desertification. Bonn 2025.
- 4 FAO et al. (siehe Anm. 1).
- 5 Ebd.
- 6 Ebd.
- 7 Ebd.
- 8 FSIN and Global Network Against Food Crises: Global report on food crises 2025 – September Update. Rome 2025 (www.fsinplatform.org/grfc2025).
- 9 Ebd.
- 10 Welthungerhilfe: Welthunger-Index 2025. Bonn 2025.
- 11 European Union Agency for Asylum (EUAA): Country Guidance: Sudan. Luxembourg June 2025.
- 12 FSIN and Global Network Against Food Crises: Global report on food Crises 2025. Rome 2025.
- 13 Deutsches Institut für Menschenrechte: Das Recht auf Nahrung in bewaffneten Konflikten – Eine Übersicht der völkerrechtlichen Verpflichtungen. Berlin 2024.
- 14 FSIN and Global Network Against Food Crises (siehe Anm. 12).
- 15 FAO, UNICEF, WFP and WHO: Famine confirmed for first time in Gaza. Rome/Geneva/New York 2025.
- 16 The Lancet Commission: The EAT-Lancet Commission on healthy, sustainable, and just food systems. In: The Lancet 406 (2025), 10512.
- 17 Ebd. – FAO et al. (siehe Anm. 1).
- 18 UNCCD (siehe Anm. 3).
- 19 The Lancet Commission (siehe Anm. 16).
- 20 BMEL: 17. Berliner Agrarministerkonferenz – Abschlusskommuniké 2025: Bioökonomie nachhaltig gestalten. Berlin 2025.
- 21 RURAL21: Civil society calls on the GFFA to support social-agro-ecological bioeconomy. In: RURAL21, 17. March 2025.
- 22 G. Höltmann: Wie geht es den Menschen im Bürgergeldbezug? Ein Stimmungsbild nach zwei Jahren Bürgergeld. Hrsg. von: Sanktionsfrei. Berlin 2025.
- 23 »Tafel-Tag 2025: Tafel Deutschland ruft zu Solidarität und Miteinander auf«. Pressemitteilung von Tafel Deutschland vom 1. Oktober 2025.
- 24 T. M. Jahn: Das Menschenrecht auf Nahrung überall verwirklichen! Zivilgesellschaftliche Stellungnahme zur Konferenz »Politik gegen Hunger 2025«. Hrsg. von INKOTA. Berlin 2025.
- 25 Committee on World Food Security: Fifty-third Session - «Making a Difference in Food Security and Nutrition«. CFS 53 Report. Rome 2025.
- 26 G20: Leaders' Declaration — G20 South Africa Summit, Johannesburg 2025.
- 27 L. Ludescher: »Das größte lösbare Problem der Welt«: Die mediale Vernachlässigung des Globalen Hungers. Heidelberg 2025.
- 28 »Deutschland bleibt verlässlicher Partner in der Entwicklungszusammenarbeit«. Pressemitteilung der SPD-Fraktion im Bundestag (Felix Döring) vom 26. November 2025.
- 29 VENRO: Bundeshaushalt 2026: »Deutschland erfüllt seine Verpflichtungen nicht«. Berlin 2025.
- 30 R. Südhoff: Wenn Humanitäre Hilfe zur interessen-geleiteten Außenpolitik verkommt. Table.Briefings 2025.
- 31 FAO et al. (siehe Anm. 1).



Katharina Brandt
Seit 2019 Referentin für Agrarpolitik bei Germanwatch e.V.
katharina.brandt@germanwatch.org



Francisco Mari
Referent für Welternährung, Agrarhandel und Meerespolitik bei Brot für die Welt.
francisco.mari@brot-fuer-die-welt.de



Miriam Rüger
Bachelor in Ernährungswissenschaften, Praktikantin im Bereich Welternährung, Landnutzung und Handel bei Germanwatch e.V.